

Pro Hemsbach: „Bauamt schleppt die Füße“

Wählergemeinschaft fordert die Stadt auf, endlich alle Fördertöpfe auszuschöpfen

Bei der letzten Gemeinderatssitzung am 25. März 2019 erhielten die Stadträte ein Schreiben der Kommunalrechtsbehörde in Kopie zu Kenntnis.

Kommunalrechtsamt warnt Hemsbach

In diesem Schreiben machte das Kommunalrechtsamt RNK mehr als deutlich, dass die Stadt Hemsbach mit ihrer geplanten Kreditaufnahme für die Hebelschule in Höhe von 11 Mio. Euro, ihre Pro-Kopf-Verschulden um das 3,5 fache erhöhen wird, auf 1.835 Euro. Damit wird Hemsbach den Spitzenplatz in der Pro-Kopf-Verschuldung aller Kommunen im Kreis einnehmen. Das geringe Kreditzinsniveau kann manchen Stadtrat wohl dazu verleiten, Verschuldungen leichter zu akzeptieren.

Dazu gibt die Kommunalrechtsbehörde einen wichtigen Hinweis für das Handeln der Stadträte, indem sie schreibt, „dass auch bei noch so geringem Kreditzinsniveau die Tilgungslasten den Finanzmittelbedarf immer weiter steigen lassen und dadurch den kommunalen Gestaltungsspielraum verringern“.

Fördermittel verschenkt

Pro Hemsbach zieht für sich den Schluss daraus, dass es notwendig ist, für alle anstehenden Projekte, wie Sanierung der Goetheschule, Hans-Michel-Halle sowie für die Digitalisierung in unseren Schulen, alle möglichen Fördermittel auszuschöpfen.

So könnten z.B. Mittel beantragt werden aus dem Sanierungsfonds BW für die Renovierung von Schulen. In der Goetheschule müssen dringend die Sanitäranlagen, digitale Infrastruktur, Malerarbeiten und Fenster erneuert werden. PH fragte bei der Verwaltung nach, ob die Verwaltung sich sachkundig gemacht habe bzw. Anträge zu den verschiedenen Fördermöglichkeiten gestellt wurden. Das geschah offenbar nicht.

Laut der neuesten Vorlage der Stadt für den GR sollen nun die Sanitäranlagen in Angriff genommen werden. Dazu werde Geld benötigt, das nicht im Haushaltsplan 2019 vorgesehen sei, da – so die Stadt – keine Fraktion einen entsprechenden Haushaltsantrag gestellt habe. Die Wählergemeinschaft PH hat sich gegen diese Aussage verwahrt: „Wie viele Anträge sollen wir denn noch stellen, damit das Bauamt endlich in Bewegung kommt?“, so Fraktionssprecherin Marlies Drissler. Der Antrag von PH zu Sanierung der Goetheschule lag bereits 2015 vor. Die Verwaltung sagte zu, ein Sanierungskonzept 2017 vorzulegen. So wurden nur Mittel in den Haushalt 2016 eingestellt, um das Lehrerzimmer zu renovieren. Dies ist 2016 erfolgt. Doch nichts Weiteres geschah seitens des Bauamtes. Längst hätte man dort die Möglichkeiten von Landesfördermitteln herausfinden müssen. Dazu braucht es aber die Vorlage eines Konzeptes. Das aber wurde im Bauamt nie erstellt. Und so wird es wohl für die nun anstehende Sanierung der Toiletten kein Geld vom Land geben. Mit einer weitsichtigen Planung wäre das anders gelaufen. Und Hemsbach hätte dafür eine dringend benötigte Geldspritze bekommen. Das Förderprogramm des Landes sieht genau dafür seine Unterstützung vor.

Bauamt muss seiner Aufgabe und Verantwortung gerecht werden

Dann gibt es da noch die Hans.Michel-Halle. Auch sie müsste dringend saniert werden. Auch dafür könnte die Kommune Fördermittel beantragen, da der Bund ein Förderprogramm auf den Weg gebracht hat für die „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen „Sport, Jugend und Kultur“. Die Gemeinde Hirschberg hat nach dem Kenntnisstand von PH dies bereits für seine Sporthalle getan. Eine Kommune, welche in ihrer Pro Kopf-Verschuldung etwa nur die Hälfte von Hemsbach aufweist! Es ist unerträglich zu sehen, wie das Hemsbacher Bauamt hier die Füße schleppt, so die Wählergemeinschaft. Schließlich habe die Verwaltung eine große Verantwortung den Bürgern der Stadt gegenüber.

Finanzielle Lage der Stadt verlangt Nutzung von allen möglichen Fördertöpfen

Daher stellt Pro Hemsbach den Antrag, alle möglichen Fördermittel zu beantragen, die Schulen umfänglich über den DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 zu informieren, damit auch diese Mittel abgerufen werden können. Vielleicht wäre es in unserer Finanzsituation auch notwendig, einen „Beauftragten innerhalb der Gemeindeverwaltung“ zu benennen, dessen Aufgabe es ist, alle möglichen Fördertöpfe zu finden, sich sachkundig zu machen und die notwendigen Verfahrensabläufe zur Beantragung zu kennen. Sodass kein Projekt mehr beschlossen wird, ohne Überprüfung möglicher Zusatztöpfe, schreibt PH. (md/bgs)